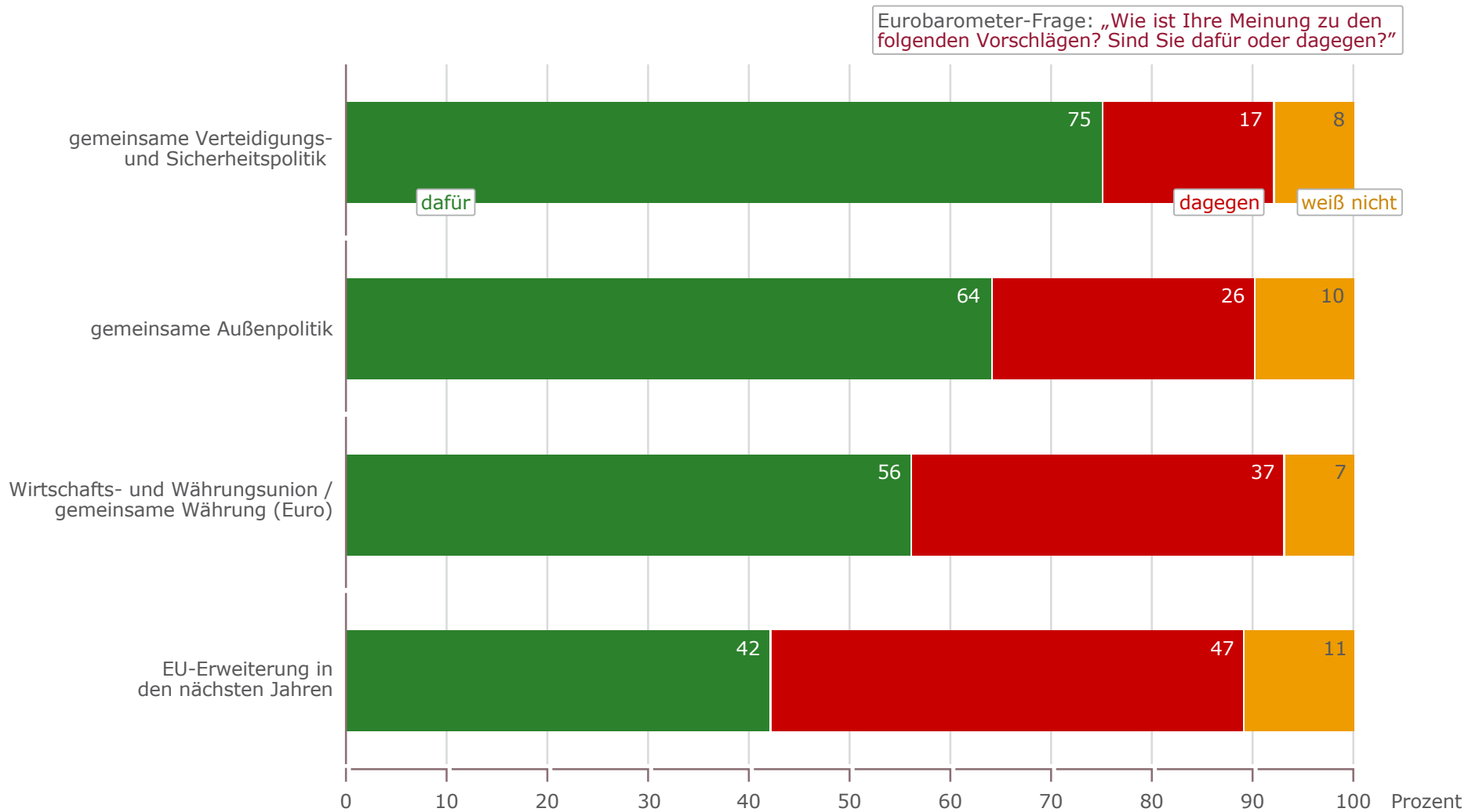


Die Zukunft der Europäische Union

Eurobarometer-Umfrage, Angaben in Prozent der Bevölkerung, Europäische Union, Frühjahr 2011



Quelle: Europäische Kommission: Eurobarometer 75: Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union – Tabellen
 Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de
 Bundeszentrale für politische Bildung, 2012, www.bpb.de

■ Die Zukunft der Europäische Union

■ Fakten

Die Bürger der Europäischen Union (EU) haben eine klare Vorstellung davon, welchen Politikbereichen auf EU-Ebene künftig eine höhere und welchen eine geringere Bedeutung zukommen sollte. So befürworteten im Mai 2011 drei Viertel aller befragten EU-Bürger eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der Mitgliedstaaten der EU. Lediglich 17 Prozent lehnten sie ab. Weiter sprachen sich fast zwei Drittel für eine gemeinsame Außenpolitik der EU-27 aus (64 Prozent) – rund ein Viertel war dagegen (26 Prozent). Immerhin noch eine Mehrheit von 56 Prozent der befragten EU-Bürger unterstützte die Idee einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion mit einer gemeinsamen Währung (Euro). Allerdings hatten die Gegner dieser Idee einen Anteil von 37 Prozent an allen Befragten. Schließlich wird die zusätzliche Erweiterung der EU, um in den nächsten Jahren andere Länder aufzunehmen, mehrheitlich abgelehnt (47 Prozent). Lediglich 42 Prozent der befragten EU-Bürger waren im Mai 2011 für eine EU-Erweiterung in den nächsten Jahren.

Die Befürworter einer gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik stellten im Mai 2011 in allen EU-Mitgliedstaaten die Mehrheit (Deutschland: 80 Prozent). Die Befürworter einer gemeinsamen Außenpolitik überwogen in 24 Ländern – darunter Deutschland mit 71 Prozent. Die drei Mitgliedstaaten, in denen sich die Befragten mehrheitlich gegen eine gemeinsame Außenpolitik aussprachen, sind Schweden (54 gegenüber 42 Prozent), Dänemark (51/44 Prozent) und Großbritannien (47/38 Prozent). Die Wirtschafts- und Währungsunion und der Euro wurden in 22 EU-Mitgliedstaaten mehrheitlich unterstützt. Während zwei Drittel der EU-Bürger, die in den Ländern der

Euro-Zone leben, diese Idee befürworteten (insgesamt 66 Prozent, darunter Deutschland mit 63 Prozent), waren die EU-Bürger, die nicht in der Euro-Zone leben, mehrheitlich dagegen (54 Prozent). Auf der Ebene der einzelnen Staaten sprachen sich die Befragten in Großbritannien (73 gegenüber 21 Prozent), in der Tschechischen Republik (68/28 Prozent), in Schweden (62/34 Prozent), Dänemark (54/41 Prozent) und Polen (50/38 Prozent) mehrheitlich gegen eine Wirtschafts- und Währungsunion sowie den Euro aus. In lediglich 14 EU-Mitgliedstaaten fand sich im Mai 2011 eine Mehrheit für die Erweiterung der EU in den kommenden Jahren. Generell war dabei der Anteil der Befürworter in den 12 Staaten, die zuletzt der EU beigetreten sind deutlich höher als der entsprechende Anteil in den 15 Staaten, die schon vor 2004 Mitglied der EU waren (63 gegenüber 36 Prozent). Die Länder, in denen sich die Bevölkerung zum Zeitpunkt der Erhebung am stärksten gegen die Erweiterung aussprach, sind Österreich (72 Prozent) und Deutschland (71 Prozent).

Im Kommentar zum 75. Standard-Eurobarometer wird festgestellt, dass ein größeres Engagement in den Bereichen gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, Außenpolitik und Einheitswährung (Euro) vor allem von den jungen EU-Bürgern, jenen mit der umfassendsten Ausbildung sowie von jenen, die sich am meisten für Politik interessieren, befürwortet wurde. In Bezug auf das Alter und den Ausbildungsgrad gilt diese Aussage auch für den Politikbereich „EU-Erweiterung“. Im Gegensatz zu den anderen drei Politikbereichen fällt allerdings auf, dass die EU-Bürger, die starkes Interesse an Politik bekunden, sich überdurchschnittlich oft gegen eine künftige Erweiterung

■ Die Zukunft der Europäische Union

ausgesprachen (52 Prozent). Bei den Personen, die angaben, sich nicht für Politik zu interessieren, lag der entsprechende Anteil bei lediglich 40 Prozent (für die Erweiterung waren in beiden Fällen 42 Prozent der Befragten).

Neben den allgemeinen Politikbereichen gibt es auch einzelne Themengebiete, denen die EU-Institutionen – nach Auffassung der EU-Bürger – in den kommenden Jahren besondere Aufmerksamkeit schenken sollten. An erster Stelle stand bei der Befragung im Mai 2011 die Wirtschafts- und Währungspolitik, die von 36 Prozent der Befragten genannt wurde. Darauf folgten die Themen Einwanderungspolitik und Gesundheitspolitik (jeweils 33 Prozent), die Bekämpfung der Kriminalität (31 Prozent) sowie die Themen Energiepolitik, Bildungspolitik und Sozialpolitik (29, 28 und 26 Prozent).

Trotz der zahlreichen Aufgaben, denen sich die EU-Institutionen stellen müssen, wurde die Zukunft der Europäischen Union bei der Eurobarometer-Umfrage im Mai 2011 EU-weit von 58 Prozent der Befragten als insgesamt optimistisch angesehen – dabei sahen sechs Prozent die Zukunft „sehr optimistisch“ und 52 Prozent „ziemlich optimistisch“. Von den 36 Prozent, die die Zukunft der EU insgesamt pessimistisch beurteilten, sahen 30 Prozent die Zukunft „ziemlich pessimistisch“ und sechs Prozent „sehr pessimistisch“.

Die Befragten in den 12 Staaten, die zuletzt der EU beigetreten sind, zeigten sich optimistischer als die Befragten in den 15 Staaten, die schon vor 2004 Mitglied der EU waren (65 gegenüber 55 Prozent). In 24 EU-Mitgliedstaaten überwog zum Zeitpunkt der Erhebung der Optimismus – so vor allem in Dänemark (75 Prozent), Rumänien (72

Prozent), Belgien und Polen (jeweils 70 Prozent). Die meisten Pessimisten fanden sich hingegen in Griechenland (57 Prozent), Portugal und Großbritannien (jeweils 48 Prozent).

Während im Mai 2011 68 Prozent der 15- bis 24-Jährigen die Zukunft der EU optimistisch sahen, galt dies bei den 25- bis 39-Jährigen bzw. bei den 40- bis 54-Jährigen nur für 60 bzw. 57 Prozent. Bei den 55-Jährigen und Älteren lag der entsprechende Wert schließlich bei lediglich 52 Prozent – mit zunehmendem Alter nimmt in diesem Zusammenhang also der Optimismus ab. Weiter beurteilten im Mai 2011 die Männer die Zukunft der EU häufiger optimistisch als dies die Frauen taten (60 gegenüber 55 Prozent).

Auch die Ausbildung beeinflusst die Sicht auf die Zukunft der EU: Bezogen auf den Anteil der Befragten, die diese positiv sahen, lagen die Werte im Mai 2011 zwischen 46 Prozent bei denjenigen, die ihre Ausbildung mit 15 Jahren oder früher beendet hatten, und 66 Prozent bei denen, die 20 Jahre oder älter waren, als sie ihre Ausbildung abgeschlossen hatten. Von den Befragten, die noch studieren, sahen die Zukunft der EU sogar 72 Prozent optimistisch.

Mehrheitlich sahen auch jene die Zukunft der EU positiv, die die Globalisierung als eine wirtschaftliche Chance betrachten (73 Prozent) sowie jene, die ihren gesellschaftlichen Status als hoch bezeichnen (68 Prozent). Bei den Personen, die in der Globalisierung keine Chance sehen bzw. die ihren eigenen gesellschaftlichen Status als niedrig einstufen, überwog hingegen der Anteil, der die Zukunft der EU pessimistisch sah (56 bzw. 48 Prozent).



■ Die Zukunft der Europäische Union

■ Datenquelle

Europäische Kommission: Eurobarometer 75: Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union – Tabellen, Eurobarometer 75: Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union

■ Begriffe, methodische Anmerkungen oder Lesehilfen

Das Eurobarometer ist eine in regelmäßigen Abständen von der Europäischen Kommission in Auftrag gegebene, öffentliche Meinungsumfrage in den Ländern der Europäischen Union. Dabei wird in allen Ländern eine repräsentative Stichprobe der Bevölkerung befragt.

Um herauszufinden, welchen Themen die EU-Institutionen in Zukunft mehr Aufmerksamkeit entgegen bringen sollten, wurden den Befragten beim 75. Eurobarometer 19 Antwortmöglichkeiten vorgegeben, um sie anschließend zu fragen: „Welche Belange sollten Ihrer Meinung nach durch die europäischen Institutionen in den nächsten Jahren verstärkt beachtet werden, um die EU in Zukunft zu stärken (maximal 5 Nennungen)?“. Mögliche Antworten waren dabei: Binnenmarkt, Kulturpolitik, Außenpolitik, Verteidigungspolitik, Einwanderungspolitik, Bildungspolitik, Umweltpolitik, Energiepolitik, regionale Entwicklungspolitik, Wissenschaftspolitik, Gesundheitspolitik, Sozialpolitik, Bekämpfung der Kriminalität, Kampf gegen den Klimawandel, Verkehrspolitik, Verbraucherschutz, Grundrechte der Bürger der EU, Wirtschafts- und Währungspolitik sowie „sonstiges“ (spontane Antwort möglich).



■ Die Zukunft der Europäische Union

Eurobarometer-Umfrage, Angaben in Prozent der Bevölkerung, Europäische Union, Frühjahr 2011

	Eurobarometer-Frage: „Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen? Sind Sie dafür oder dagegen?“, Angaben in Prozent		
	dafür	dagegen	weiß nicht
gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik	75	17	8
gemeinsame Außenpolitik	64	26	10
Wirtschafts- und Währungsunion/ gemeinsame Währung (Euro)	56	37	7
EU-Erweiterung in den nächsten Jahren	42	47	11

Quelle: Europäische Kommission: Eurobarometer 75: Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union – Tabellen